

Niederschrift

über die Sitzung des Seniorenbeirates am 27. Januar 2012

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Tagesordnung:

Tages- ordnung	Druck- sache
---------------------------	-------------------------

-
- | | |
|----|---|
| 1. | Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit |
| 2. | Anerkennung der Tagesordnung |
| 3. | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 25. November 2011 |
| 4. | Mitteilungen der Verwaltung |
| 5. | „Vorsorge ... was wichtig ist“ - Vorstellung des Vorsorgeordners der AWO, wissenschaftlich begleitet vom Zentrum für medizinische Ethik Bochum und gefördert von der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW
Referentin: Conny Brill, esCor e. V., eine Initiative der AWO, Bezirksverband Niederrhein |
| 6. | Vorstellung des Jahresprogramms des Seniorenbeirates
Referent: Friedhelm Kückemanns, Vorsitzender des Seniorenbeirates |
| 7. | Berichte aus den Stadtbezirken und Arbeitskreisen |
| 8. | Verschiedenes |

Anwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder

Vertreter/innen der Stadtbezirke

Frau Utke	Stadtbezirk 1
Frau Göbels	Stadtbezirk 2
Herr Kückemanns	Stadtbezirk 3
Frau Theuringer	Stadtbezirk 4
Frau Sader	Stadtbezirk 6
Herr Friedel	Stadtbezirk 7
Herr Schmidt	Stadtbezirk 8
Frau Dr. Hoppe-Treutner	Stadtbezirk 9
Frau Werres	Stadtbezirk 10

**Vertreter/innen aus stationären Einrichtungen eines Verbandes
der freien Wohlfahrtspflege (Heimbeirat)**

Herr Kloke	Deutsches Rotes Kreuz
------------	-----------------------

**Vertreterin aus einer stationären Einrichtung in privater Trägerschaft
(Heimbeirat)**

Frau Lucas	Sana Kliniken Düsseldorf GmbH
------------	-------------------------------

Vertreter/innen der Ratsfraktionen

Herr Egbers	CDU
Ratsfrau Leibauer	SPD
Ratsherr Karen-Jungen	Bündnis 90 / Die Grünen
Herr Jakobskrüger	FDP
Ratsfrau Dr. Opitz	Die Linke
Herr Ries	Freie Wähler
Herr Schmidt	Freie Wähler

Beratende Mitglieder

Vertreter/innen der Wohlfahrtsverbände

Herr Wienß	Diakonie
Frau Schneider	Caritasverband
Frau Göttel-Wichmann	Deutsches Rotes Kreuz
Herr Mayer	Arbeiterwohlfahrt
Frau Loskamp	Der Paritätische

Vertreter/innen der Verwaltung

Herr Buschhausen	Amt für soziale Sicherung und Integration
Frau Giersch	Amt für soziale Sicherung und Integration
Herr Dölling	Amt für soziale Sicherung und Integration
Frau Rohstock	Geschäftsstelle Seniorenbeirat
Frau Aßmann	Auszubildende im Amt für soziale Sicherung und Integration

Stellvertretende Mitglieder aus den Stadtbezirken

Herr Dr. Mühlen	Stadtbezirk 1
Herr Jungbluth	Stadtbezirk 6
Frau von Dechend	Stadtbezirk 7
Herr Barb	Stadtbezirk 8
Herr Reichert	Stadtbezirk 9
Frau Grünitz	Stadtbezirk 10

Referentin

Frau Brill	esCor e. V., eine Initiative der AWO, Bezirksverband Niederrhein
------------	---

Düsseldorfer Redaktionen

Herr Berney	Rheinische Post
-------------	-----------------

Entschuldigt:

Herr Meier	Stadtbezirk 2
Herr Baumdick	Stadtbezirk 3
Herr Osterland	Stadtbezirk 4
Frau Schneider	Stadtbezirk 5
Herr Spiolek	Stadtbezirk 5
Ratsherr Janetzki	CDU-Ratsfraktion
Frau Wiedemann	Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Schulz	SPD-Ratsfraktion
Herr Dr. Piltz	FDP-Ratsfraktion
Frau Kahl	Ratsfraktion Die Linke
Frau Sarner	Jüdische Gemeinde
Ratsfrau Meyer	Integrationsausschuss
Herr Hintzsche	Dezernent 06
Herr Wehle	Dezernat 06
Frau Funda	Amt für soziale Sicherung und Integration
Frau Leuschner	Büro für die Gleichstellung von Frauen und Männern
Herr Schmitz	Büro 01

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Kückemanns begrüßt die Anwesenden, entschuldigt Abwesende und stellt die Beschlussfähigkeit des Seniorenbeirates fest.

Herr Kückemanns begrüßt Herrn Rainer Kloke, der vom Deutschen Roten Kreuz als stimmberechtigtes Mitglied aus stationären Einrichtungen in den Seniorenbeirat delegiert wurde. Herr Kloke stellt sich kurz vor.

Herr Kückemanns informiert, dass Herr Franz-Josef Bergander als stimmberechtigtes Mitglied aus stationären Einrichtungen des Caritasverbandes aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten sei. Ein Nachfolger stehe noch nicht fest.

2. Anerkennung der Tagesordnung

Die Mitglieder des Seniorenbeirates erkennen die Tagesordnung einstimmig an.

3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 25. November 2011

Die Mitglieder des Seniorenbeirates erkennen die Niederschrift über die Sitzung vom 25. November 2011 einstimmig an.

4. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Buschhausen informiert, dass der Sitzungssaal nun über eine Induktionsanlage zur Verstärkung für Hörgeräte verfügt.

Er weist darauf hin, dass Herr Oberbürgermeister Elbers auch für dieses Jahr veranlasst habe, dass die Getränkeversorgung des Publikums durch das Rathaus sichergestellt werde.

Herr Buschhausen bittet die Seniorenbeiratsmitglieder, auf der Straße lebenden Menschen in den Winterwochen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. In Düsseldorf müsse kein Obdachloser auf der Straße schlafen. Die Landeshauptstadt Düsseldorf verfüge in enger Kooperation mit den Düsseldorfer Trägern der Wohnungslosenhilfe über ein engmaschiges und umfangreiches Angebot für Wohnungslose. Es stünden unterschiedliche Unterkünfte für Tag und Nacht zur Verfügung. In diesem Winter werde erneut die Berger Kirche in der Altstadt als Not-schlafstelle in kalten Nächten offen gehalten.

Er berichtet über „Pflege aktuell“, eine Veranstaltungsreihe des Pflegebüros im Rahmen der Kooperation des Amtes für soziale Sicherung und Integration und der AOK Rheinland/Hamburg – Die Gesundheitskasse, der Betriebskrankenkasse Essanelle, der BARMER GEK sowie der Techniker Krankenkasse.

Im Zeitraum von Januar bis April fänden vier Veranstaltungen zum Thema „Fragen und Antworten bei Pflegebedürftigkeit“ statt. Es stellten sich das Pflegebüro und die vier Pflegekassen mit ihrem Beratungsangebot vor: Sie informierten unter anderem über Pflegeversicherung, Pflegestufen und zu häuslichen und finanziellen Hilfen. Die Veranstaltungen fänden mit freundlicher Unterstützung der „zentren plus“ in Unterrath, Düsseldorf, Bilk, Stadtmitte und Altstadt statt.

Die Teilnahme an den Informationsveranstaltungen sei kostenfrei und eine Anmeldung sei nicht erforderlich.

Am 30.03.2012 um 15 Uhr fände im Weiterbildungszentrum am Bertha-von-Suttner-Platz eine Veranstaltung zum Thema „Lernen Sie die Angebote Ihrer Stadtverwaltung kennen“ statt. Die Veranstaltung werde organisiert vom Pflegebüro des Amtes für soziale Sicherung und Integration in Kooperation mit der Volkshochschule Düsseldorf.

Unter anderem gebe es Informationen zu den Themen Gesundheit, Elternunterhalt, Wohnen, soziale Leistungen, Rente, Pflege, Vorsorge, Behinderung, Demenz und Bestattung. Der Leiter des Sachgebietes „Beratung und Leistung bei Pflegebedürftigkeit (ambulant und stationär)“, Herr Maresch, werde den Vortrag „Kosten und Finanzierung eines Heimplatzes“ halten. Für ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm würden die „zentren plus“ sorgen.

5. „Vorsorge ... was wichtig ist - Vorstellung des Vorsorgeordners der AWO, wissenschaftlich begleitet vom Zentrum für medizinische Ethik Bochum und gefördert von der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW“

Frau Utke, als Sprecherin des Arbeitskreises Gesundheit und Pflege, begrüßt die Referentin Frau Kornelia Brill, die während ihrer Tätigkeit in der Seniorenarbeit die Erfahrung gemacht habe, dass das Thema Vorsorge häufig von Ängsten und Unsicherheiten begleitet sei. So habe sie mit wissenschaftlicher Begleitung des Zentrums für medizinische Ethik Bochum den Vorsorgeordner entwickelt.

Frau Brill dankt dem Seniorenbeirat für die Einladung in die öffentliche Sitzung, in der sie den Vorsorgeordner vorstellen werde. Vor 6 Jahren sei der Vorsorgeordner entwickelt worden, weil sie in der ambulanten Altenarbeit festgestellt habe, dass in der Regel keine Vorsorge von den Seniorinnen und Senioren getroffen werde. Frau Brill weist darauf hin, dass es auch andere Wege der Vorsorge gebe und die anderen Wohlfahrtsverbände ebenso über das Thema Vorsorge informierten. Der Vortrag liegt der Niederschrift als Anlage 1 bei.

An der anschließenden Diskussion, die im Folgenden zusammengefasst wird, beteiligen sich unter anderem Ratsfrau Leibauer, Frau Lucas, Frau Utke, Frau Loskamp, Frau Sader, Frau von Dechend, Frau Theuringer, Herr Ries sowie Bürgerinnen und Bürger.

Frau Brill verweist auf die Formulare „Betreuungsverfügung“, „Antrag auf Eintragung einer Vorsorgevollmacht“, „Antrag auf Eintragung weiterer Bevollmächtigter zu einer Vorsorgevollmacht“, „Vorsorgevollmacht“ und die Broschüre „Patientenverfügung“ des Bundesjustizministeriums hin. Diese Informationen seien unter http://www.bmj.de/DE/Buerger/gesellschaft/Patientenverfuegung/_doc/Patientenverfuegung_doc.html zu beziehen.

Weitere Informationen, wie „Empfehlungen der Bundesärztekammer und der Zentralen Ethikkommission bei der Bundesärztekammer zum Umgang mit Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung in der ärztlichen Praxis“, „Patientenverfügung“ oder „Vollmacht für Angelegenheiten der Gesundheitsorge“, gebe es unter www.bundesaerztekammer.de/page.asp?his=2.60.1769.

Frau Brill hält es für sinnvoller, anstelle einer Generalvollmacht eine differenzierte Vollmacht mit den gewünschten Wirkungskreisen (zum Beispiel Gesundheit, Finanzen und Aufenthaltbestimmungsrecht) zu erteilen. Voraussetzung für das Ausstellen einer Vollmacht sei das Vertrauen in den Bevollmächtigten. Eine Vollmacht sollte nicht leichtfertig ausgestellt werden, da es unter Umständen sehr schwierig sein könne, das Original der Vollmacht wieder zurück zu bekommen.

Vollmachten mit dem Wirkungskreis Finanzen sollten auf bankeigenen Formularen gemeinsam mit der Bank geregelt werden.

Wenn keine Vorsorgevollmacht bestehe und ein medizinischer Notfall eintrete, so informiere das Krankenhaus das Betreuungsgericht, das dann eine Betreuerin beziehungsweise einen Betreuer bestelle. Auf Antrag könne die Betreuung wieder

rückgängig gemacht werden.

Der Richter könne unterschiedliche Personen für verschiedene Wirkungskreise einsetzen.

Es sei nicht ratsam, zwei Personen für den gleichen Wirkungskreis einzusetzen, da dann immer beide Personen, wenn eine Entscheidung anstehe, anwesend sein müssten. Wenn zwei Personen eine Vollmacht über denselben Wirkungskreis hätten und sich bei einer anstehenden Entscheidung nicht einig seien, so werde eine gesetzliche Betreuung beantragt.

Frau Brill rät, in die Vorsorgevollmacht die Formel „Für den Fall, dass ich nicht entscheiden kann“ auf keinen Fall einzusetzen, da dann immer wieder neu nachgewiesen werden müsse, dass eine Entscheidungsunfähigkeit vorliege.

Wenn ein medizinischer Notfall bestehe und keine Vorsorgevollmacht oder Patientenverfügung vorliege, dürfe die Ärztin beziehungsweise der Arzt lediglich eine Notoperation durchführen, für alle weiteren Behandlungen benötige er die Unterschrift des Bevollmächtigten oder der Betreuerin beziehungsweise des Betreuers. Haften müsse eine Vollmachtnehmerin beziehungsweise -nehmer für eventuell falsche medizinische Entscheidungen nicht, da die Ärztin beziehungsweise der Arzt die fachliche Entscheidung fälle.

In der Patientenverfügung sollte zunächst die Reichweite festgelegt werden. Dies könne zum Beispiel so aussehen: „Wenn ich mich unabwendbar und unmittelbar im Sterbeprozess oder im Endstadium einer tödlichen Krankheit, im Wachkoma oder in einer demenziellen Erkrankung im Endstadium befinde, dann will ich keine zusätzliche Behandlungen, wenn eine Komplikation auftritt.“

Es gebe keine Reichweitenbeschränkung, die Vollmachtgeberin beziehungsweise der Vollmachtgeber könne auch unvernünftige Entscheidungen für sich – nicht aber für seine nichtvolljährigen Kinder - treffen.

Wenn in der Patientenverfügung festgelegt wurde, dass keine künstliche Ernährung durch eine Magensonde erfolgen solle, nun aber durch eine kurzfristige Setzung einer Magensonde sich der Gesundheitszustand bessern würde, so könne gemeinsam mit der Ärztin beziehungsweise dem Arzt eine zur Patientenverfügung scheinbar gegenteilige Entscheidung getroffen werden, wenn diese laut Einschätzung von Bevollmächtigtem und der Ärztin beziehungsweise dem Arzt dem mutmaßlichen Willen entspreche. Wenn die Ärztin beziehungsweise der Arzt und der Bevollmächtigte sich nicht einigen können, so werde das Betreuungsgericht eingeschaltet.

Frau Sader weist darauf hin, dass für Nichtvolljährige Patientenverfügungen nicht vorgesehen seien.

Wenn ein schwerkranker Mensch an lebenserhaltenden Maschinen angeschlossen sei und diese abgestellt würden, so handele es sich nicht um Sterbehilfe, sondern um einen Behandlungsabbruch, da die Maschinen lediglich den Krankenzustand verlängerten.

Frau Sader informiert, dass das Zentrale Vorsorgeregister (ZVR) die Registrierungsstelle für private sowie notarielle Vorsorgevollmachten, Betreuungsverfügungen und Patientenverfügungen aus dem ganzen Bundesgebiet sei. Der Gesetzgeber stelle hiermit ein Registersystem zur Verfügung, mit dem die Vorsorgekunde im Betreuungsfall auch gefunden werden könne. 1,5 Mio Bürgerinnen

und Bürger hätten ihre Vorsorgeurkunde bereits im Zentralen Vorsorgeregister registriert. Die Bundesnotarkammer, als Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Sitz in Berlin, führe das Zentrale Vorsorgeregister im gesetzlichen Auftrag unter der Rechtsaufsicht des Bundesministeriums der Justiz.

Ein Bürger regt an, die Information zu einer bestehenden Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht oder Betreuungsverfügung auf dem Chip der Krankenversicherungskarte zu speichern.

Aus dem Kreis des Seniorenbeirates wird angeregt, dass Seniorinnen und Senioren ein Schild mit Notfalltelefonnummern an ihrer Haustür anbringen könnten. Frau Brill gibt zu bedenken, dass im Einzelfall geprüft werden müsse, ob diese Lösung praktikabel sei.

Abschließend informiert Frau Brill, dass der Vorsorgeordner für 19,50 Euro und ein Auszug für fünf Euro unter der Telefonnummer 02173.4 99 32 41 zu bestellen sei.

6. Vorstellung des Jahresprogramms des Seniorenbeirates

Herr Kückemanns dankt zunächst den Sprecherinnen und Sprechern der Arbeitskreise für die Erarbeitung der Themen für die öffentlichen Sitzungen 2012. So sei ein vielseitiges Programm entstanden, das den Erfordernissen der seniorenpolitischen Anforderungen gerecht würde. Er bittet die Anwesenden mit zu denken und den Seniorenbeirat kritisch zu begleiten. Der Seniorenbeirat werde sich dafür einsetzen, dass die erarbeiteten Erkenntnisse bei den Betroffenen, Politik und Verwaltung Gehör fänden. Er betont die Wichtigkeit, öffentliche Impulse zu setzen, um die Aktivitäten des Seniorenbeirates transparent zu machen. Besonderes Augenmerk werde der Seniorenbeirat auf die Schwachen der Gesellschaft legen. Im Anschluss stellt er das Jahresprogramm des Seniorenbeirates vor. Das Jahresprogramm liegt der Niederschrift als Anlage 2 bei.

7. Berichte aus den Stadtbezirken und Arbeitskreisen

Stadtbezirk 1

Frau Utke informiert, dass sie die Arbeit des Seniorenbeirates im Netzwerk Golzheim vorgestellt habe.

Ausschuss für Wohnungswesen und Modernisierung

Frau Utke berichtet, dass der Seniorenbeirat um eine Stellungnahme zum „Vorentwurf Handlungskonzept Wohnungsbau – Handlungsleitlinien und Aufgaben“ gebeten worden sei. Diese sei in Vorbereitung.

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Frau Utke informiert über eine Informationsvorlage der Verwaltung, in der die Verwendung der Innovationsmittel für stadtbezirksbezogene Angebote für Ältere im Rahmen des Projektes „Düsseldorf – gemeinsam aktiv für das Alter“ vorgestellt worden seien.

Stadtbezirk 2

Frau Göbels informiert über den Neubau des DRK-Seniorenzentrums an der Grafenberger Allee 302. Hier entstünden 89 Einzelzimmerplätze in der vollstationären Pflege, 18 Plätze in der Tagespflege und 25 Einheiten für Betreutes

Wohnen. Der Bezug des neuen Heimes sei für Mitte Oktober 2012 geplant. Herr Kloke ergänzt, dass in das neue Haus ein Frisör, eine Apotheke und ein Stadtteil-café einzögen. Auf dem Dach sei ein etwa 200 Quadratmeter großer Sinnesgarten geplant.

Je zehn bis zwölf Bewohnerinnen und Bewohner lebten wie in einer Wohngemeinschaft zusammen.

Arbeitskreis Sicherheit und Verkehr

Herr Meier berichtet, dass der Arbeitskreis sich dafür einsetze, dass neue Haltestellen für Bus und Bahn barrierefrei ausgestattet würden und dass Wege, die durch das Umsteigen entstünden, so kurz wie möglich gehalten würden.

Stadtbezirk 6

Frau Sader berichtet, dass im „zentrum plus“/Caritasverband, Kürtenstraße 160a, am 24. Dezember 2011 eine sehr stimmungsvolle Weihnachtsfeier für Alleinstehende stattgefunden habe.

Landesseniorenvertretung

Frau Sader berichtet, dass Herr Kückemanns und sie das Seminar „Aktuelle Themen und Methoden für Seniorenvertretungen“ der Landesseniorenvertretung NRW vom 5. bis zum 8. März 2012 besuchen würden. Themen des Seminars seien „Pflege und Behinderung“, „Einkommen im Alter“, „Methoden in der Arbeit der Seniorenvertretungen“ und „Kultur im Quartier“. Am 24. April 2012 finde in Düren die Mitgliederversammlung der Landesseniorenvertretung statt. Hier würden Herr Jungbluth und Frau Sader den Seniorenbeirat der Landeshauptstadt Düsseldorf vertreten.

Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit und neue Medien

Herr Jungbluth berichtet, dass am 30. April 2012 alle Fernsehsender in Deutschland den analogen Fernsehempfang per Satellit beendeten. Stattdessen würden alle Programme nur noch digital ausgestrahlt. Für den Zuschauer bedeute dies, dass er ein besseres Bild und mehr Programme empfangen könne, wenn er die technischen Voraussetzungen erfülle. Das Informationsblatt „Umstellung von Analog auf Digital“ des Seniorenbeirates liegt als Anlage 3 der Niederschrift bei.

Herr Jungbluth informiert, dass der Seniorenbeirat vom 10. bis zum 13. Oktober 2012 auf der Fachmesse REHACARE mit einem Informationsstand vertreten sein werde.

10. Verschiedenes

Herr Kückemanns informiert, dass der Seniorenbeirat im Sommer 2012 Senioreneinrichtungen im Stadtbezirk 9 und 10 besuchen werde.

Frau Sader berichtet, dass sie seit dem 7. Dezember 2011 als sachkundiges Mitglied ohne Stimmrecht in der Gesundheitskonferenz vertreten sei.

Ende der Sitzung: 12.12 Uhr

Nächste Sitzung: 30. März 2012

Friedhelm Kückemanns
Vorsitzender des
Seniorenbeirates

Roland Buschhausen
Amt für soziale Sicherung
und Integration

Sabine Rohstock
Schriftführerin

- Anlage 1** Vorstellung des „AWO-Vorsorgeordners“
Anlage 2 Jahresprogramm des Seniorenbeirates 2012
Anlage 3 Informationsblatt „Umstellung von Analog auf Digital“